

Siamo tutti antifascisti!



Foto: attac.de

Inhalt

Hintergrund

- Politik von Reiche(n) für Reiche – 2 –
- Weltsozialforum in Benin – 3 –
- Neue Phase der Weltpolitik – 4 –
- EU-Trump-Deal – 6 –
- China-Konferenz – 8 –

Kalender

- Rück- und Ausblick – 7 –
- Aktiv
- NRW-Appell für AfD-Verbot – 9 –
- Rente statt Rendite! – 9 –

Portrait

- Menschen in Attac – 10 –

Kiosk

- Basistext-Paket – 11 –

Mit dem gar nicht mal so witzigen »Kabarettisten« Dieter Nuhr ist man ja Kummer gewöhnt. »Das Problem ist, dass man Linke und Nazis kaum noch unterscheiden kann«, tönte er zuletzt in der Berliner Zeitung. Über die politische Landschaft ist darüber natürlich nichts, über die geistige Schlichtheit Nuhrs allerdings alles gesagt. Gekontert hat so eine Gleichsetzung von rechts und links schon vor Jahren bitterböse Marc-Uwe Kling's Känguru: »Die einen zünden Ausländer an, die anderen Autos. Und Autos sind schlimmer, denn es hätte meines sein können. Ausländer besitze ich keine.«

Eins ist gewiss: Die Welt spaltet sich zusehends in Lager, die völlig gegensätzliche Menschenbilder vertreten und für die meisten Menschen – außer vielleicht Herrn Nuhr – leicht unterscheidbar sind. In den USA versetzt das Vorgehen von ICE große Teile der Bevölkerung in Angst, während die Verteidiger*innen der Trump-Adminis-

tration selbst angesichts der Schreckensbilder schreiender Familien, die auseinandergerissen werden, diese ungeheuerlichen Vorgänge geradezu hämisch kommentieren. Im Iran erschießt das Mullah-Regime innerhalb kürzester Zeit etwa 30.000 Protestierende, in Syrien werden ein Jahr nach dem Sturz Assads wieder Kurd*innen, Alewit*innen und andere Minderheiten verfolgt. Das sind nur wenige Beispiele von vielen, und sie zeigen ein Muster. Menschen werden unterdrückt, verfolgt, sogar getötet nicht für das, was sie tun, sondern für das, was sie sind: Migrant*innen, religiöse Minderheiten, Frauen, queere oder kranke Menschen, Menschen mit einer anderen Meinung. Entstehen soll so eine gesäuberte, »reine« Gesellschaft (wobei »rein« je nach Unterdrücker*innen anders definiert wird) – die faschistische Grundidee.

Um ihr zu begegnen, müssen wir nicht weit schauen. Die verbale Aggression, mit der auch

die AfD deutlich macht, welche Menschen ihrer Meinung nach »nicht dazugehören«, hat denselben Zungenschlag wie das, was wir in den USA aus der Trump-Administration hören. Und die sich zuspitzenden Geschehnisse auf der Welt sollten uns eine Warnung sein, dass die AfD verboten gehört, bevor sie sich selbst an einer Schaltstelle befindet, an der sie Gesetze zum Schutz der Demokratie abschaffen oder Truppen in Städte entsenden kann. Für Attac gilt es, sich in dieser Situation an mehreren Stellen zu engagieren: zum einen konkret für ein Verbot der AfD, zum zweiten für mehr soziale Gerechtigkeit – denn Demokratie geht nur gerecht –, und zum dritten weiter für Alternativen für eine solidarische Gesellschaft. Stellen wir der faschistischen Aggression die positive Vision eines guten Lebens für alle entgegen – siamo tutti antifascisti!

Nach unten treten statt oben abzuschöpfen

Politik von Reiche(n) für Reiche

Bereits ein Blick aufs Personal zeigt: Diese Bundesregierung macht Politik für Reiche. An der Spitze steht mit Friedrich Merz ein Milliardärskanzler, der über Jahre eng mit den Interessen großer Vermögen verbunden war. Als ehemaliger Aufsichtsratschef von BlackRock Deutschland, dem größten Vermögensverwalter der Welt, bewegte sich Merz genau in jenem Umfeld, das von steigenden Aktienkursen, Immobilienpreisen und fehlenden Steuern auf Vermögen profitiert. Diese Nähe prägt neben persönlichen Interessen des Millionärs Merz auch seine politische Perspektive.

Flankiert wird dieser Kurs durch die Wirtschaftsministerin Katherina Reiche, die lange Jahre Spitzenfunktionärin der Energiewirtschaft war und bestens vernetzt mit großen klimaschädlichen Konzernen. Brisant ist ihre persönliche Nähe zu Karl-Theodor zu Guttenberg, der nach seinem Rückzug aus der Politik als Lobbyist, Berater und Investor tätig ist, ebenfalls mit besten Kontakten in internationale Finanz- und Wirtschaftskreise.

In der konkreten Politik zeigt sich diese Schlagseite deutlich im erhöhten Druck auf arme Menschen. Bürgergeldempfänger*innen werden stärker kontrolliert, Sanktionen ausgeweitet, Leistungen schneller gekürzt. Armut wird nicht als gesellschaftliches Problem verstanden, sondern als individuelles Fehlverhalten. Obdachlosigkeit dient dabei wieder offen als Drohkulisse: Wer nicht funktioniert, fällt. Dies erhöht auch den Druck auf die Menschen in Arbeit, jede noch so schlechte Bedingung zu akzeptieren.

Bei der aktuellen Rentendebatte wird die Umlagefinanzierung mit diversen Falschbehauptungen bewusst schlecht geredet, um Druck hin zu aktienbasierten Modellen zu erzeugen. Die Versicherungskonzerne sehen hier Renditechancen und sind auch bereit, dies mit Parteispenden zu unterstützen. Das spiegelt sich auch in der Besetzung der Rentenkommission wider.

Der Sozialstaat sei nicht mehr finanzierbar, tönt es aus der Regierung und den Lobbygruppen des großen Geldes. Es wird gekürzt bei Bildung, Kultur, Sozialem, vor allem in den Kommunen, die 2025 ein Rekorddefizit von über 30 Milliarden Euro hatten und deren Lage sich 2026 noch zu verschlechtern droht.



Foto: attac.de

Doch die Kassen sind nicht leer, weil zu wenig erwirtschaftet wird, sondern weil sich die Überreichen nicht ausreichend an der Finanzierung von gemeinschaftlichen Aufgaben beteiligen.

Denn während unten gekürzt wird, steigt die Zahl der Millionär*innen und Milliardär*innen seit Jahren. Große Vermögen entstehen vor allem durch Erbschaften, Immobilienbesitz und Kapitalerträge – also häufig ohne eigene Leistung. Trotzdem bleibt die Erbschaftsteuer eines der schwächsten Instrumente im Steuersystem dank zahlreicher Ausnahmen für Betriebsvermögen und unfassbar ungerechter Regelungen wie der Verschonungsbedarfsprüfung. Dafür setzt sich besonders stark der bayrische Food-Influencer Markus Söder ein, dessen Gattin eine riesige Erbschaft erwartet.

Begründet wird die Ablehnung der Vermögensbesteuerung fast reflexhaft mit der Erzählung, eine stärkere Besteuerung von Vermögen schade der Wirtschaft. Dieses Narrativ begegnete uns zuletzt auch am 1. Dezember 2025, als wir unsere Attac-Bundestagspetition mit fast 70.000 Unterschriften im Petitionsausschuss des Bundestages vorgestellt haben. Doch Studien zeigen, dass Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung weder Investitionen noch wirtschaftliche Entwicklung bremst, eher im Gegenteil. Die Legende wird gezielt von Lobby-

organisationen wie der »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« oder »Die Familienunternehmen« verbreitet, um die Interessen der Überreichen zu schützen. Dass sie politisch verfängt, ist das Ergebnis jahrzehntelanger Einflussarbeit. Und in der Regierung Merz sitzt das große Geld direkt mit am Kabinetttisch.

Gerade deshalb ist es zentral, den Fokus konsequent auf soziale Ungleichheit und den wachsenden Gegensatz zwischen Arm und Reich zu lenken, wirtschaftliche Pseudoargumente zu entkräften und die Ablenkungsdebatten wie den angeblichen Missbrauch von Sozialleistungen oder die Hetze gegen Geflüchtete als solche zu entlarven. Die Politik für Reiche gilt es mit einem klaren Gegenentwurf zu kontern: eine wirksame Besteuerung und das Abschmelzen großer Erbschaften und Vermögen, ein soziales Netz, das trägt, sowie öffentliche Investitionen in Wohnen, Bildung, und Kultur. Deshalb sind wir gemeinsam aktiv für ein solidarisches Zusammenleben, in dem Wohlstand geteilt, Risiken gemeinsam getragen und globale Gerechtigkeit statt autoritärem Umbau und Entsolidarisierung die Perspektive ist.

Julia Elwing ist aktiv in der Kampagnengruppe Tax the Rich und Ko-Autorin des Attac-Basistextes »Rente statt Rendite«.

Weltsozialforum in Benin

Massa Koné kämpft um Land, Wasser und Saatgut in Westafrika



Foto: attac.de

Massa, du hast mit uns in Davos gegen das Weltwirtschaftsforum protestiert und auf einer Reise durch Deutschland für das Weltsozialforum (WSF) im August in Cotonou in Benin geworben, das du mitorganisierst. Kannst du uns zunächst von deinem Engagement in Mali und Westafrika erzählen?

Ich setze mich als Kleinbauer und Jurist gegen Landraub und für eine nachhaltige, gemeinsame Verwaltung von natürlichen Ressourcen ein. Meine Basisorganisation, die »Union des Associations et Coordinations d'Associations pour le Développement et la Défense des Droits des Démunis«, organisiert mehr als zwei Millionen Kleinbauer*innen, Viehzüchter*innen und Fischer*innen, die Opfer von Landraub geworden sind oder es zu werden drohen. Nach 2008 hat sich auf Druck der Weltbank der Landraub beschleunigt. Gemeinschaftsland von Dörfern und Familien geriet durch Spekulationen enorm unter Druck. Wir haben uns dagegen organisiert und Opfer von Landraub vor Ort unterstützt. Und wir haben durchgesetzt, dass unsere traditionellen Landrechte gesetzlich verankert werden: Seit 2017 werden landwirtschaftliche Flächen, deren Verwaltung in den Händen der Gemeinden liegt, anerkannt. Damit haben wir auch den Zugang zu staatlichen Flächen für Frauen und junge Menschen gesichert.

Und dann habt ihr euch mit anderen Organisationen zusammengeschlossen?

Ja. Wir müssen unsere Kämpfe verbinden. Ich bin auch Sprecher eines Netzwerks von fünf Organisationen in Mali, das Kämpfe gegen Landraub verbindet und sich für ein gerechteres Bodenrecht einsetzt. Und ich bin Sprecher eines westafrikanischen Netzwerks von Basisorganisationen und Kleinbauer*innen aus 16 Ländern, der »Globalen Konvergenz von Kämpfen für Land, Wasser und bäuerliches Saatgut in Westafrika«, kurz CGLTE-OA. Begonnen hat unsere Vernetzung 2011 auf dem Weltsozialforum in Dakar. Land, Wasser und eigenes Saatgut sind die Grundlage unserer Souveränität. Doch Land wird geraubt oder zerstört, Wasser verschmutzt, und für Saatgut werden Abhängigkeiten von Konzernen und chemisch unterstützten Anbaumethoden geschaffen. Darum ziehen wir alle zwei Jahre als Karawanen durch fünf Länder. Mit 300 Menschen aus 16 Ländern fahren wir 30 Tage lang mit dem Bus an Orte der Zerstörung von Land und Wasser und blockieren Landraub-Versuche. Dadurch erreichen wir bis zu 50.000 Menschen. Dieser Prozess hat uns als westafrikanisches Netzwerk auch dazu bewegt, das diesjährige Weltsozialforum auszurichten. Auch dorthin werden wir mit drei Karawanen kommen: eine aus dem Sahel, eine von der Küste und eine aus Zentralafrika.

Was sind eure Ziele für das Weltsozialforum in Benin?

Wir wollen vor allem Graswurzel-Organisationen stärken und ermutigen, große emanzipatorische Allianzen zu bilden, wie wir es in Westafrika geschafft haben. Unser Ziel ist, dass sich mehr Menschen demokratisch organisieren, um gemeinsam für eine nachhaltige Verwaltung und Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen zu kämpfen. Zugleich bleibt das WSF wie immer offen für alle Themen.

Welche Rolle kann Attac Deutschland für das Weltsozialforum spielen?

Attac sollte die Mobilisierung zum Weltsozialforum vorantreiben und es wieder bekannter machen. Wir wünschen uns, dass progressive Organisationen, Bewegungen und Gewerkschaften Delegationen nach Cotonou senden. Attac kann auch helfen, Impulse aus dem Forum zurück nach Deutschland zu tragen.

Attac Deutschland setzt sich mit Kampagnen gegen Extraktivismus und für die Besteuerung von Reichen ein. Ist das für euch relevant?

Unsere Kämpfe gegen Landraub sind verbunden mit Kämpfen gegen Extraktivismus. Und die Besteuerung von Reichen bleibt ein Ziel, für das wir gerade in Zeiten zunehmender Ungleichheit und eines erstarkenden Autoritarismus weiterkämpfen müssen, ganz nach dem Motto unserer Karawanen: »On n'est pas fatigué, nous irons jusqu'about! – Wir sind nicht müde, wir werden bis zum Ende durchhalten!«

Massa Koné ist Jurist und Kleinbauer. Er ist Generalsekretär der »Union des Associations et Coordinations d'Associations pour le Développement et la Défense des Droits des Démunis« (UACDDDD) in Mali. Zudem ist er Sprecher der Malischen Konvergenz gegen Landraub (CMAT) und Sprecher der Globalen Konvergenz von Kämpfen für Land, Wasser und bäuerliches Saatgut in Westafrika (CGLTE-OA). Er ist einer der Hauptorganisatoren des diesjährigen Weltsozialforums vom 4. bis 8. August in Cotonou, Benin.

Das Interview haben **Adrian Schlegel** von der Attac-Mitgliedorganisation Weed und **Carmen Junge** von der Attac-AG Internationales geführt.

Eine neue Phase der Weltpolitik

Die Welt am Abgrund? Da geht noch was!



Foto: Olga Blackbird



Foto: attac.de

Wir haben uns daran gewöhnt, Richtung USA zu gucken, wenn wir Schlimmes erwarten. Der »Irrer im Weißen Haus« mag in Teilen irrational handeln. Aber hinter der Politik Trumps stehen US-amerikanische Rechte und mächtige, ultralibertäre Tech-Milliardäre, die nach innen Faschismus vorantreiben und nach außen Macht ausweiten.

Neue Weltordnung

Wir haben es mit einer neuen Phase von Weltpolitik zu tun. Nach einer Zeit von eher marktgetriebenem Neoliberalismus gewinnt ein staatliches Handeln die Oberhand, das der Politologe Milan Babić die Phase der Geoökonomie nennt. Die wirtschaftlichen Verflechtungen durch Neoliberalismus und Globalisierung werden so instrumentalisiert, dass mächtige Staaten und Konzerne ihre Interessen durchsetzen. Die USA setzen dies brutal um. Zumindest bedingt regelbasiertes internationales Handeln wird ersetzt durch das »Recht des Stärkeren«. Die Austritte aus der Weltgesundheitsorganisation WHO und dem

Pariser Klimaabkommen sowie die Gründung eines sogenannten Friedensrats sind Frontalangriffe auf die Vereinten Nationen. Gestützt auf ihre Militärmacht versuchen die USA, sich durch Zölle, Strafmaßnahmen gegen missliebige Regierungen und diktierte Handelsabkommen wie den EU-Trump-Deal aus ihrer wirtschaftspolitischen Schwäche zu befreien. Im Kampf um kritische Rohstoffe gegen China dient sich Deutschland den USA als Partner an. China verfolgt eine andere geökonomische Strategie: Ähnlich wie die USA mit dem Marshall-Plan nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa gewinnt China über Projekte wie die Neue Seidenstraße immer größeren wirtschaftlichen und politischen Einfluss, besonders in Afrika und Lateinamerika. Die Machtblöcke sind dabei nicht festgefügt. Wir erleben eine »Strategie selektiver Vernetzung«, in der die BRICS-Staaten, also vor allem Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika, verschiedene Kooperationen eingehen.

Das Beispiel Grönland zeigt, wie sich auch Konflikte innerhalb der NATO verschärfen

haben. Geschwächt durch interne Widersprüche kämpft die EU um politischen und wirtschaftlichen Einfluss – und gerät direkt ins Visier der USA, wie deren Nationale Sicherheitsstrategie zeigt. Indem die Trump-Regierung Europa der »Zensur der freien Meinungsäußerung« bezichtigt, schafft sie einen Vorwand, rechtsextreme Parteien auf dem Kontinent offen zu unterstützen und Regierungen, die der AfD und Co nicht den roten Teppich ausrollen, unter Druck zu setzen. Ob die Sorge, die USA könnten im äußersten Fall auch militärisch in Europa eingreifen, realistisch begründet ist, sei dahingestellt.

Fossilen Backlash ausbremsen

All dies verdeckt den Blick auf die größte Herausforderung für das Überleben der Menschheit: die Klima- und Biodiversitätskrise. Diese gerät nicht nur in den Hintergrund, schlimmer noch: Fossilismus gehört zum Markenzeichen rechter und faschistischer Bewegungen. Die ökologische Modernisierung wird zurückgefahren und die Nutzung fossiler Energien

aggressiv verteidigt. Treiber dieses Backlashs sind die Gas- und Ölkonzerne Hand in Hand mit der US-Regierung. In Deutschland übernimmt vor allem die ehemalige Gaslobbyistin und jetzige Wirtschaftsministerin Katherina Reiche diese Rolle.

Um die Welt vor dem Klimakollaps zu bewahren, sind eine schnelle Dekarbonisierung und der konsequente Ausbau erneuerbarer Energien unumgänglich. Beides beseitigt nicht die Ursache der Klimakatastrophe, die wachstumsgetriebene Produktionsweise. Ein grüner Kapitalismus verschafft aber länger Luft zum Atmen als ein brauner. Doch eine reine Appellpolitik wird den Fossilismus nicht aufhalten. Wenn die riesigen Mengen LNG, die Trump Europa mit dem US-EU-Deal aufdrücken will, tatsächlich kommen, werden wohl Blockaden bei den deutschen LNG-Terminals in Wilhelmshaven, Brunsbüttel oder auf Rügen nötig sein.

Um die planetaren Grenzen einzuhalten, ist ein bedarfsorientierter ökologischer Umbau der Wirtschaft nötig, der konsequent Ressourcenverbrauch verringert. »Was brauchen wir für ein gutes Leben für alle, und was kann weg?« Es ist an der Zeit, diese Frage offensiv in die politische Diskussion zurückzutragen.

Angriff auf Sozialsysteme abwehren

Zurzeit erleben wir einen Angriff auf sozial Er kämpftes wie schon lange nicht mehr, sei es Bürgergeld, Rente, Arbeitszeit oder das Recht auf Teilzeit. Selbst für den Vorschlag, Zahnbehandlungen aus der Krankenversicherung zu streichen, sind sich manche Klassenkämpfer*innen von oben nicht zu schade. Eine weitere Vertiefung der sozialen Spaltung droht. Dabei sind die Sozialausgaben gemessen an der Wirtschaftsleistung in den vergangenen 20 Jahren nicht gestiegen, und das Bürgergeld macht nur rund vier Prozent des Sozialhaushalts aus. Sehr wohl gestiegen sind dagegen die Vermögen reicher Deutscher: Allein 2024 gab es zehn Prozent mehr Milliardäre als im Vorjahr.

Attac wird weiter unter dem Motto »Tax the Rich« für eine angemessene Vermögens- und Erbschaftssteuer kämpfen und dafür möglichst breite Bündnisse eingehen. Auch die »Soli-

darische Bürger*innenversicherung« wollen wir wieder auf die Tagesordnung setzen. Die Verwandlung von sozialer Daseinsvorsorge in Ware und ihr Verschachern an den Finanzmärkten, wie es gerade wieder einmal für die Rente geplant wird, muss gestoppt werden. Das gilt auch für soziale Infrastrukturen wie Wohnen, Bildung, Betreuung, Pflege Mobilität und Maßnahmen für die Klimaanpassung. Ärmere Menschen leiden schon heute in schlecht isolierten Wohnungen in zubetonierten Stadtteilen unter den Klimaveränderungen, während es sich Reiche in ihren vollklimatisierten Villen gut gehen lassen.

Die Rechten stoppen

Wachsende Ungleichheit entfacht Wut und befeuert Abstiegsängste. Aber warum wählen so viele Menschen dann rechts statt solidarischer Lösungen, die sich gegen die Verursacher*innen dieser Entwicklungen, gegen Arbeitgeber*innen, Konzerne und Vermögende wenden?

30 Jahre Neoliberalismus haben erkennbar Egoismus und Ellenbogenmentalität befördert. Solidarische Veränderungen scheinen nicht denkbar, stattdessen setzen viele auf eine »Gegenwartsverlängerung«. Um sich die gefühlten Zumutungen nachhaltiger Veränderungen vom Leib zu halten, verteidigen sie ihre Lebensführung unter dem Motto »Autos, Ruß, Bier und Fleisch« gegen jede Vernunft. Fossile Energie wird zum Symbol einer angeblich gefährdeten »männlichen« Lebensweise. Wie Fossilismus und Frauenfeindlichkeit den Zulauf zu rechten Bewegungen stärken, hat die US-amerikanische Politikwissenschaftlerin Cara Dagett in ihrem Buch »Petromaskulinität« beschrieben. Das Zurückdrehen von Klimapolitik ist für rechte Regierungen weltweit ein zentrales Ziel – mit den USA als Vorreiter. In Deutschland ist die AfD der stärkste Gegner von Klimapolitik. Sie hat es geschafft, dass CDU und SPD aus Angst vor dem »Volkszorn« Klimapolitik zurückfahren und die Grünen für ihre Versuche einer ökologischen Modernisierung bestraft wurden.

Warum nicht an diesem Punkt den »Kampf um die Köpfe« derer aufnehmen, die aus Frust – nicht aus Überzeugung – nach rechts wan-

dern? Warum nicht den Widerspruch aufgreifen, dass eine große Mehrheit eine schärfere Klimapolitik wünscht, immer mehr Menschen aber eine rechtsextreme Partei wählen, die das bekämpft? Gute Argumente für die Welt und den eigenen Geldbeutel gibt es: Die Klimakrise entschärft sich nicht von allein, und regenerative Energien werden unaufhaltsam günstiger als Öl, Gas, Kohle und Atomstrom.

Auch der Kampf für ein AfD-Verbot geht weiter. In Nordrhein-Westfalen hat sich ein breites Bündnis unter maßgeblicher Beteiligung von Attac gebildet, das Landtag und Landesregierung auffordert, im Bundesrat für ein Parteiverbotsverfahren gegen die AfD vor dem Bundesverfassungsgericht einzutreten. 70 Gruppen aus mehr als 40 Städten, landesweite Organisationen und viele Prominente haben die Kampagne im Februar gestartet.

Und das bundesweite Bündnis »Zusammen für Demokratie«, in dem Attac aktiv mitwirkt, wird vom 23. Mai bis 7. Juni bundesweit dezentrale Aktionen für Demokratie und Menschenrechte auf die Beine stellen.

Digitale Demokratie fördern

Last, but not least: Digitale Infrastrukturen, insbesondere digitale Plattformen liegen in der Hand weniger großer Tech-Konzerne. Deren Besitzer unterstützen oft offen rechte und faschistische Parteien. Abgesehen davon, dass sie trotz riesiger Gewinne kaum Steuern zahlen, bilden die ökonomische Verhandlungsmacht der Tech-Giganten und ihre Manipulation von Meinungen und Wissen weltweit zunehmend eine Gefahr für eine demokratische, solidarische und nachhaltige Zukunft. Die hohen ökologischen Kosten von Rechenzentren für Künstliche Intelligenz tragen zur Klimakatastrophe bei. Das ist nicht länger tragbar. Das Bündnis »Bits & Bäume« hat eine Initiative für nachhaltige, demokratisch kontrollierte digitale Infrastrukturen gestartet, die auf Klimaschutz, Gemeinwohl und digitale Daseinsvorsorge ausgerichtet sind – jenseits von Big Tech. Attac ist dabei. Zeit, wieder in die Offensive zu gehen!

Achim Heier ist Mitglied im bundesweiten Rat von Attac Deutschland.

EU-Trump-Deal

Handelsabkommen gegen Mensch und Umwelt



Foto: attac.de

Die kapitalistische Wachstumslogik ist nicht gerechtigkeitsfähig. Sie ist maßgeblich dafür verantwortlich, dass die planetaren Grenzen systematisch überschritten werden. Dieses fossilistische, rückwärtsgewandte Wirtschaftssystem steht vor dem Kollaps. Gleichzeitig haben sich die geopolitischen Rahmenbedingungen im Welthandel deutlich verschoben. China und andere BRICS-Staaten sind einflussreiche Akteure geworden. Bi- und multilaterale Handelsabkommen nehmen zu.

Neoliberale Handelsabkommen waren noch nie neutrale Marktinstrumente, die für alle gleichen Bedingungen schufen. Sie waren immer auch geopolitische Machtinstrumente. Wirtschaftsinteressen und Märkte sind in dieser Logik wichtiger als eine funktionierende Umwelt oder soziale und demokratische Grundrechte. Diese Abkehr von sozialer und ökologischer Verantwortung führt über den Neoliberalismus hinaus und bekommt zunehmend autoritäre und faschistische Züge.

Seit Trumps Zoll- und Handelskriegen hat diese Entwicklung sich deutlich verschärft. Marktöffnung um jeden Preis, alles für den Export, Deregulierung von sozial- und Umweltstandards, dies sind auch jetzt die falschen Rezepte. Sie sind Teil des Problems und nicht der Lösung. Und doch gibt es immer mehr Stimmen, die behaupten, jetzt müssten Handelsabkommen wie das EU-Mercosur Abkommen dringend unterzeichnet werden. Dies sei der einzige Weg, sich gegen Trump zu behaupten.

Dies ist vor allem der Wunsch der deutschen Autoindustrie und anderer Konzerne. Rücksicht auf menschliche Lebensgrundlagen wird dabei nicht genommen. Dabei ist schon jetzt klar, dass der vereinbarte Überprüfungsprozess, der im Nachhaltigkeitskapitel des EU-Mercosur Abkommens vereinbart wurde, einfach unterlaufen wird. Nachhaltigkeit, Erderwärmung, Umweltschutz und Menschenrechte, hatten in Handelsabkommen noch nie eine grundlegende Bedeutung. Jetzt sind die Ziele der Nachhaltigkeitskapitel völlig bedeutungslos.

Handelsdeal mit Trump

Aber damit nicht genug. Vor allem auf Druck des Bundeskanzlers Merz und – mal wieder – der deutschen Autokonzerne plant die Europäische Kommission einen Handelsdeal mit Trump. Der wurde zwar kurzfristig wegen der US-Drohungen gegen Grönland auf Eis gelegt, aber nachdem Trump zugesagt hatte Grönland nicht militärisch zu erobern, will vor allem im Europaparlament die Europäische Volkspartei mit deren Fraktionsvorsitzendem Manfred Weber, dass die Verhandlungen umgehend und ohne Konsequenzen aus der Bedrohung Grönlands wieder aufgenommen werden. Dieser Deal würde nicht nur eine dringend notwendige sozial-ökologische Transformation massiv behindern; er würde auch eine massive Steigerung von fossilen Energieeinkäufen vorantreiben.

Die EU verpflichtet sich darin, Zölle und »Handelshemmnisse« durch »ungerechtfertigte Barrieren« für US-Produkte zu beseitigen. Die EU würde auf fast alle Zölle auf US-Waren verzichten. Im Gegenzug verspricht Trump, einen Teil der erhöhten Zölle durch eine Obergrenze von 15 Prozent zu ersetzen. Die Zölle auf Stahl und Aluminium sollen weiterhin auf 50 Prozent angehoben bleiben. Die Europäische Kommission geht dadurch von jährlichen Verlusten von 4,8 Milliarden Euro auf Seiten der EU aus.

In einem offiziellen Dokument des Präsidenten der USA, »Foreign Trade Barriers«, sind allein auf 35 Seiten Gesetze und Verordnungen der EU aufgelistet, die für Trump unberechtigte Barrieren darstellen. Dies betrifft den digitalen Handel, also die gesamte Tech-Regulierung der EU, die globale Mindeststeuer und Digitalsteuer, Green Deal-Gesetze wie die Entwaldungsverordnung, das Lieferkettengesetz und vieles mehr. Das Lieferkettengesetz war von den Konservativen im Europaparlament bereits in vorauseilendem Gehorsam zusammen mit Rechtsradikalen und Faschisten abgeschwächt worden.

Als eine besondere Gefälligkeit für die Autoindustrie sollen Automobilstandards gegenseitig anerkannt, Sicherheitsstandards dadurch unterlaufen werden. Gleichzeitig sollen EU-Milliarden in die USA investiert werden – in den Kauf von fossiler Energie, Rüstungsgüter und in andere hochriskante Bereiche. Und dies sind nur einige der inakzeptablen Gefahren dieses Deals mit Trump

Wir müssen weg von einer krisenanfälligen exportorientierten Wirtschafts- und Handelspolitik. Wir müssen Abhängigkeiten von US-Tech-Giganten verhindern und eine sozial-ökonomische Transformation vorantreiben. Ökonomische Abhängigkeiten mit ihren negativen sozialen und ökologischen Folgen müssen verhindert werden. Sie verschärfen die globalen Risiken. Internationale Kooperation für Klimaschutz und Menschenrechte sind dagegen wichtig und eine Alternative zu Neoliberalismus und nationalistischem Protektionismus.

Roland Süß ist aktiv in der Attac-AG Welthandel und WTO.

Eine Petition von Powershift und Attac gegen den EU-Deal mit Trump kann unter attac.de/stoptrumpdeal unterschrieben werden!



Attacies bei den Protesten gegen die Neugründung der AfD-Jugend in Gießen, Foto: attac.de



Attac bei der »Wir haben es satt!-Demonstration« in Berlin
Foto: Helga Reimund

Rückblick

29. November 2025

Proteste gegen die AfD-Jugend in Gießen

Attac hat den Widerstand des bundesweiten antifaschistischen Aktionsbündnisses »Wider setzen« und des lokalen Bündnisses »Gießen bleibt bunt« gegen die Neugründung einer AfD-Jugend mit mehreren Mahnwachen und einem Kaffeewagen unterstützt. Gemeinsam mit 68.000 Menschen waren Aktive von Attac in Gießen auf den Straßen, um entschlossen die Menschenrechte zu verteidigen und den Rutsch in den Autoritarismus zu stoppen.

1. Dezember 2025

»Tax the Rich«: Es klappt eine riesige Gerechtigkeitslücke

Knapp 70.000 Menschen haben die Attac-Bundestagspetition zur Reaktivierung einer Vermögenssteuer unterzeichnet. Im vergangenen August hat Attac die Petition an die Obleute der demokratischen Fraktionen des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestags übergeben. Im Rahmen einer Anhörung im Bundestag haben die Finanzexpertin Dr. Silke Ötsch und die Petentin sowie Attac-Aktivistin Julia Elwing die Forderungen der Petition vorgestellt. Attac führt die Kampagne »Tax the Rich« auch 2026 weiter und verstärkt die Bemühungen für Steuergerechtigkeit, denn es klappt eine riesige Gerechtigkeitslücke.

17.–18. Januar 2026

Davos: Protestwanderung gegen das Weltwirtschaftsforum 2026

600 Aktivist*innen haben in diesem Jahr an

der Protestwanderung gegen das Weltwirtschaftsforum in Davos teilgenommen. Mit dabei waren auch Vertreter*innen sozialer Bewegungen aus Süd- und Westafrika, wo im August in Benin das nächste Weltsozialforum stattfindet. Auch Aktive von Attac haben sich verstärkt an der Protestwanderung beteiligt, um ein Zeichen für eine klimagerechte Welt und gegen das dort stattfindende größte Lobbyforum der Reichen und Mächtigen zu setzen.

20. Februar 2026

Aktion beim CDU-Parteitag: Politik von Reiche(n) für Reiche

Anlässlich des CDU-Parteitags in Stuttgart hat Attac mit einer Aktion die Politik der Partei, die Reiche begünstigt und die die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößert, kritisiert. Der Druck auf arme Menschen nimmt zu und der Sozialstaat wird immer weiter zusammengestrichen. Während die Bundesregierung unten kürzt, steigt die Zahl der Millionär*innen und Milliardär*innen seit Jahren. In der CDU trifft die Besteuerung großer Vermögen auf deutliche Ablehnung – unter dem Vorwand, dass eine Vermögenssteuer der Wirtschaft schade. Studien zeigen jedoch, dass eine gerechte Besteuerung großer Vermögen und Erbschaften weder Investitionen noch wirtschaftliche Entwicklung bremst. Attac setzt sich auch 2026 mit der »Tax the Rich«-Kampagne weiterhin für die Reaktivierung einer Vermögenssteuer für mehr Verteilungsgerechtigkeit ein.

Attac auf Social Media

Instagram: [@attac_de](#)
Mastodon: [bewegung.social/@Attac](#)
Bluesky: [@attacdeutschland.bsky.social](#)
YouTube: [youtube.com/attacD](#)
Facebook: [facebook.com/attacD](#)

Die Kanäle von Junges Attac

Instagram: [@junges.attac](#)
Mastodon: [todon.eu/@junges_attac](#)

Ausblick

Immer jeden dritten Montag im Monat

#isso-Webinar

- März: Erbschaftsteuer
- April: AfD-Verbot
- Mai: fällt aus aufgrund des Feiertags

Alle Informationen: [attac.de/webinare](#)

Save the Dates

- 20.–22. März 2026: »China und wir«-Konferenz von Attac an der Universität zu Köln
- 18.–19. April 2026: Online-Attac-Frühjahrsratschlag
- 10.–12. Juli 2026: Attac-Sommerakademie »Das Monster reiten« in Frankfurt am Main

Weitere Informationen und genaue Termine:
[attac.de/veranstaltungen](#)

China-Konferenz 20.–22. März 2026 in Köln

China und wir

Die Volksrepublik China ist nach den USA die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt und spielt geopolitisch eine immer wichtigere Rolle. Gute Gründe, sich mit ihrer Entwicklung und Rolle in der Welt auseinanderzusetzen. Wer sich dabei nicht mit den gängigen Einschätzungen zufrieden gibt, sondern intensiver in die Debatte einsteigen will, kann dies bei der Konferenz »China und wir – Perspektiven für Frieden, Menschenrechte und sozial-ökologischen Wandel« vom 20. bis 22. März 2026 in Köln tun.

Die großen Herausforderungen der Menschheit wie die wachsende Kriegsgefahr, die Klimakatastrophe oder die Reduzierung der globalen Armut kann nur mit China gemeinsam gelöst werden. Trotzdem machen Teile der Politik in Deutschland den Eindruck, dass sie die Welt noch immer ohne China denken. Und in der gesellschaftlichen Linken in Deutschland variieren die Positionen zu China von einer Kritik des Staatskapitalismus bis zu Hoffnungen auf eine Alternative zum Neoliberalismus. Je nach Position wird entweder mit Streiks und sozialen Protesten sympathisiert oder Kontakt zum offiziellen China gesucht. Ebenso ist kontrovers, ob Chinas Entwicklung das globale ökologische Desaster verschärft oder ob das Land Vorreiter bei der Eindämmung der Klimakrise ist. Auch die Auswirkungen des Aufstiegs Chinas in der Hierarchie der internationalen Arbeitsteilung sind umstritten, denn man kann die von der EU und der US-Regierung verhängten Zölle gegen China kritisieren oder darin eine Übernahme von Politiken sehen, die die chinesische Regierung vorexerziert hat. Verweisen die einen auf die militärische Einkreisung Chinas, so betonen die anderen die Aufrüstung der Volksrepublik und ihr aggressives Vorgehen gegenüber Nachbarn im südchinesischen Meer. Ebenso ist strittig, ob die Staaten des »Globalen Südens« durch den Aufstieg Chinas erweiterte Handlungsspielräume gewinnen, oder ob sich in ihrem Verhältnis zur Volksrepublik einfach die bekannten Muster der Abhängigkeit wiederholen, die auch gegenüber den alten kapitalistischen Zentren bestehen. Diese kontroversen Einschätzungen sollen bei der Konferenz diskutiert werden.

Dabei gilt es auch, mehr über dieses riesige und vielfältige Land zu lernen – und über uns selbst. Denn China ist nicht einfach irgendwo in der Ferne; wir konsumieren täglich in China hergestellte Produkte, sind Teil derselben globalen Produktionsnetzwerke und viele Chines*innen sind heute Teil der Gesellschaft in Deutschland. Letzte erfahren oft Rassismus, der nicht zuletzt aus einem negativen China-Bild in Europa gespeist wird. Der Kongress bietet die Möglichkeit, mit ihnen zu sprechen und gemeinsam Perspektiven für die Lösung der globalen Probleme zu entwickeln.

Die Konferenz wird keine endgültigen Antworten auf die aufgeworfenen Fragen liefern können. Wenn es aber gelingt, die eine oder andere Gewissheit zu hinterfragen und neue Erkenntnisse und Sichtweisen zu gewinnen, wäre viel erreicht. Und wenn es zudem gelänge, eine Grundlage dafür zu schaffen, die Debatte innerhalb der gesellschaftlichen Linken weniger ideologisch und dafür solidarisch und handlungsorientiert zu führen, wäre die Konferenz ein Erfolg.

Thomas Eberhardt-Köster ist für Attac in der Vorbereitungsgruppe der China-Konferenz.

Programm, Anmeldung und mehr:
attac.de/china-konferenz



In über 20 Veranstaltungen werden bei der Konferenz unterschiedliche Themen bearbeitet, wie die ökonomische Entwicklung in China und ihre Auswirkungen auf die Weltwirtschaft, die chinesische Klimapolitik, das Thema Menschenrechte, geostrategische Fragen sowie das Verhältnis Chinas zum Globalen Süden. Als internationale Gäste werden dabei sein: Ho-fung Hung, Professor für Politische Ökonomie an der Johns Hopkins University, Teresa S. Encarnacion Tadem, Professorin für Politikwissenschaften an der University of the Philippines Diliman, die Sozialanthropologin Chelsea Ngoc Minh Nguyen von der University of Cambridge und der Ökonom und Historiker Fred Engst von der University of International Business and Economics in Beijing.

Ein Filmprogramm zeigt unerwartete Bilder aus China: Ausschnitte aus unabhängig produzierten Filmen, die die Sehnsüchte, den Alltag und gesellschaftliche Kämpfe zeigen. Zudem wird Christian Y. Schmidt sein gemeinsam mit Volker Häring publiziertes Buch vorstellen, in dem sie von ihrer Radtour entlang der knapp 7.000 km langen Strecke von Mao Zedongs Langem Marsch berichten.

Die Konferenz wird vom Lehrstuhl für Moderne China-Studien am Ostasiatischen Seminar und dem Global South Studies Center (GSSC) an der Universität zu Köln in Kooperation mit Attac Deutschland, BiKoop e.V., Brot für die Welt, dem Forum Arbeitswelten e.V., dem Kritischen Chinaforum in der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung und dem Lehrstuhl für Entwicklungspolitik an der Universität Passau veranstaltet und von der Rosa Luxemburg Stiftung, der Heinrich Böll Stiftung und der Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt unterstützt.

NRW-Appell für ein AfD-Verbot



In Nordrhein-Westfalen bewegt sich gerade richtig viel. Gemeinsam mit über 90 anderen Gruppen und Organisationen sind Attac-Regionalgruppen in NRW aktiv in der Kampagne »NRW-Appell AfD-Verbot«. Die Kampagne fordert mit ihrer Unterschrift die Landesregierung und den Landtag auf, im Bundesrat dafür einzutreten, dass die Ländervertretung einen Antrag an das Bundesverfassungsgericht stellt, ein Parteiverbotsverfahren gegen die AfD einzuleiten.

Am 6. Februar ging es los – und es wurde ein furioser Start: Innerhalb von nur fünf Tagen

kamen schon 25.000 der 100.000 angepeilten Unterschriften zusammen. Das zeigt: es gibt viele Menschen in NRW – und nicht nur hier –, die sich klar gegen eine Partei positionieren wollen, die demokratiefeindlich und völkisch ist und deren Nähe zu rechtsradikalen Gewalttätigkeiten Angst erzeugt.

Allein die Tatsache, dass sich innerhalb kurzer Zeit so viele Organisationen und Gruppen aus über 50 Städten in NRW zusammenschlossen, ist schon ein Wert an sich. Sie knüpfen an die großen Bewegungen an, die es im letzten Jahr gegen die kleine Anfrage der CDU und davor aus Anlass der Enthüllungen von »Correctiv« gegeben hatte.

Eine der Erstunterzeichner*innen des Appells, Katja Sabisch, Sprecherin des Netzwerks Frauen- und Geschlechterforschung NRW erläuterte angesichts des Erreichens des Zwischenziels von 25.000 Unterschriften eine der Motivationen für diese Bewegung: »Die Freiheit der Wissen-

schaft ist ein Grundpfeiler unserer Demokratie. Wenn Forschende – ob in den Gender Studies oder anderen Disziplinen – von der AfD bedroht werden, betrifft das uns alle. Der große Zuspruch zum Appell zeigt: Wir stehen zusammen!«.

Bis Juni soll die Kampagne noch laufen, und sie soll vor allem auf der Straße stattfinden. Denn es geht nicht nur um die Zahl, sondern um die gesellschaftliche Diskussion. Der Schauspieler Peter Lohmeyer unterstützt die Aktion und erklärt, die Kampagne »bietet eine echte Chance, das gesellschaftliche Klima wieder so zu verändern, dass wir einer menschenverachtenden Politik und Partei etwas entgegensetzen können.«

Den Appell kann man online unterzeichnen: nrw-appell-afd-verbot.de

Türk Hansen von Attac Bochum ist aktiv in dem Bündnis zum NRW-Appell.

Lesetour mit Werner Rätz

Rente statt Rendite!



Foto: Tim Reckmann, CC BY 2.0

Die gesetzlichen Sozialversicherungen stehen unter Druck. Die schwarz-rosa Koalition scheint fest entschlossen, sie noch weiter zu demontieren, als ihre Vorgängerinnen das schon getan haben. Statt einer »Aktivrente« mit steuerfreiem Zuverdienst, die kaum jemandem nützt, wäre es notwendig, allen Menschen im Alter ein würdiges Leben zu ermöglichen.

Denn es gäbe einfache Wege, wie die tatsächlich vorhandenen Finanzierungsprobleme gelöst werden könnten: Schon seit seinem Bestehen hat Attac Deutschland gefordert, alle Einkommen in die Beitragspflicht für die Sozialsysteme einzubeziehen und diese nicht, wie bisher, auf die unteren und mittleren Gehalts- und Lohnempfänger*innen zu beschränken. Eine solidarische Bürgerversicherung wäre auf diese Weise möglich, in der sich die Lasten auf alle Menschen und alle Einkommen verteilen und in der alle soziale Sicherheit genießen.

Einige unserer Nachbarstaaten machen es vor, nicht zuletzt die Niederlande: Eine solidarische Rente, die Altersarmut verhindert, ist möglich und bezahlbar.

Unser Referent Werner Rätz arbeitet in Attac seit mehr als 25 Jahren zu diesem Thema und hat kürzlich zusammen mit Joachim Braun

und Julia Elwing den AttacBasisText 63 »Rente statt Rendite« veröffentlicht. In ihm legen die Autor*innen dar, welche Probleme in der Rentenversicherung bestehen, welche Grundsätze zu beachten sind und wie eine solidarische Regelung erreicht werden kann. Auch über mögliche Zwischenschritte wird nachgedacht und Mythen und freie Erfindungen der aktuellen und vergangenen Rentendebatte werden entlarvt.

Termine

8. März 2026, 11:00 Uhr, Allerweltshaus, Geisselstraße 3–5, 50820 Köln

19. März 2026, 19:00 Uhr, Norden

25. März 2026, 20:00 Uhr, Marburg, TTZ im Softwarecenter 3 (Zugang über die Frankfurter Straße).

23. April 2026, Berlin, Kiezraum auf dem Dogonerareal

Menschen in Attac

Gerechtigkeit geht nur global!



Foto: privat

Michael Schramm, 69, ist IT-Manager im Ruhestand. Er ist Mitglied im Koordinierungskreis und engagiert sich vor allem in der bundesweiten Attac-AG RohstoffEnergie-Hunger stoppen. Wir haben mit ihm darüber gesprochen, was ihn dabei antreibt.

Michael, was hat dich dazu gebracht, dich in den letzten Jahren so intensiv bei Attac einzubringen?

Ich bin zum Glück seit vier Jahren im Ruhestand, und mir war immer klar, dass ich den auch nutzen möchte, um politisch aktiv zu sein. Die letzten 15 Jahre meines Berufslebens war ich als IT-Manager mit europaweiter Verantwortung stark eingespannt, dazu meine große Familie – da blieb dafür einfach kein Platz.

Eine Ausnahme war die Zeit der großen Flüchtlingsbewegung 2015, wo ich trotz aller Belastungen aktiv werden musste: ich habe Geflüchteten Deutschunterricht gegeben; das lag als studierter Literaturwissenschaftler nahe.

Ich hatte Attac ebenso wie medico, Pro Asyl und einige weitere NGOs seit vielen Jahren unterstützt und begleitet, insofern lag es dann nahe, das politische Engagement im Ruhestand in der ehrenamtlichen Struktur von Attac zu starten.

Und ich wurde mit offenen Armen aufgenommen und habe schnell meinen Platz in diversen Themen und Arbeitszusammenhängen gefunden.

Du bist ja hauptsächlich in den internationalen Themen unterwegs, zum Beispiel bei der Speakers Tour zum Wasserstoff in Namibia, die ihr mit der AG RohstoffEnergieHunger stoppen auf die Beine gestellt habt.

Ich brauche den Blick über den nationalen oder europäischen Tellerrand hinaus. Und mir ist ein starker Fokus auf den Globalen Süden wichtig. Deshalb habe ich mich auch in der AG und bei der Arbeit an der Namibia-Kampagne am richtigen Platz gefühlt. Außerdem kann ich diese Rohstoff- und Energiethemen gut zusammenbringen mit einem weiteren Interessenschwerpunkt: Ökologie und ökologische Krise.

Ihr habt im vergangenen Herbst eine Speakers Tour mit Aktivist*innen aus Namibia auf die Beine gestellt, die in vielen Städten und bei vielen Attac-Gruppen Halt gemacht hat. Davon abgesehen, dass ihr damit über das bislang wenig bekannte geplante Wasserstoff-Projekt informiert habt – was hat dir diese Tour auch persönlich gegeben?

Grundsätzlich steht und fällt so eine Kampagne mit den Menschen, mit denen man

zusammenarbeitet. Wenn man sich dabei wechselseitig inspiriert, unterstützt und auch persönliche Beziehungen aufbaut, dann ist das sehr bereichernd. Bei dieser Namibia-Tour hat das hervorragend funktioniert, nicht nur mit den beteiligten Attacies, sondern auch mit den Bündnispartner*innen und den Speakern.

Diese Kampagne hat meinen Schwerpunkt auf Rohstoffe um Energiefragen erweitert – beim grünen Wasserstoff zeigen sich letztendlich dieselben neokolonialen Muster. Und sie blieb auch nicht bei einer intellektuellen Auseinandersetzung stehen. Zu einem solchen Engagement gehört auch immer ein Stück moralische Empörung über das Ungleichgewicht zwischen entfernten Ländern, in denen Schäden angerichtet und Menschen ausgebeutet werden, und dem Globalen Norden, der davon profitiert. Mit welchem Recht kommen wir dort eigentlich vorbei und nehmen uns, was wir wollen? Und warum machen diese Länder mit – also inwieweit sind die Regierungen ehemals kolonialisierter Länder eigentlich frei in ihren Entscheidungen? Und was macht das mit den Betroffenen und der dortigen Zivilgesellschaft?

Was steht für dich in diesem Jahr noch auf dem Attac-Zettel?

Der EU-US-Deal wird uns sicher noch eine Weile beschäftigen. Besonders interessiert uns als AG RohstoffEnergieHunger stoppen dabei natürlich die Vereinbarung zur Abnahme von Fracking-Gas, zu der sich die EU verpflichtet hat. Das muss unbedingt skandalisiert werden. Eine gute Gelegenheit dazu bietet die Beschäftigung des Europaparlaments mit dem Deal – schließlich reicht ja ein Handschlag zwischen Trump und von der Leyen nicht; das muss ja jetzt noch in Vertragsform gegossen und legalisiert werden.

Und dann schließe ich in diesem Jahr auch noch etwas den Kreis zu meiner früheren Flüchtlingsarbeit, denn wir haben im Herbst eine AG Flucht und Migration initiiert. Mir ist wichtig, dass dieses Thema in Attac besetzt ist, mit allem, was daran Attac-spezifisch ist, wie zum Beispiel Fluchtursachen, die durch Handels- und Rohstoffabkommen verschärft werden. Auf meinem Attac-Zettel steht also auch für 2026 wieder genug!

Basistext-Paket

Drei Finanz- Basistexte zum Schnäppchenpreis

Wir brauchen etwas Platz im Lager und schnüren deshalb ein Angebotspaket mit drei Basistexten zu Finanzthemen für schmale 11 Euro! Dabei ist auch unser aktuellster Basistext 64: »Das nachhaltige Finanzsystem? Sustainable Finance zwischen Anspruch und Wirklichkeit«. Er erklärt, was Sustainable Finance bedeutet, welche politischen Projekte damit verbunden sind, wie nachhaltige Investitionen in Unternehmen entstehen, welche Unternehmen und Anleger*innen beteiligt sind und welchen Einfluss sie nehmen können, welche Rolle der Staat spielt, welchen Einfluss Zentralbanken in der Geldpolitik ausüben und vieles mehr. Im Paket gibt es zu diesem Basistext noch die Basistexte 38: »Financial Crimes« und 53: »Kommt der Finanzcrash 2.0?« Beide Basistexte haben zwar schon einige Jahre auf dem Buchrücken, sind aber an vielen Punkten aktuell oder zeitlos. So gibt Basistext 38 grundsätzliche Einblicke in die Funktionsweisen von Banken und in den Zusammenhang zwischen wachsender Ungleichheit und Demokratiedefizit, der zur Zeit immer offensichtlicher wird. Basistext 53 wiederum widmet sich auch den weiterhin gültigen politischen, sozialen und demokratierelevanten Dimensionen des Finanzsystems. Ausführlich



werden emanzipatorische Alternativen zum großen Kasino dargestellt – von realpolitisch relativ einfach machbaren Reformen bis hin zu weiter ausgreifenden Zukunftsvorstellungen für ein Finanzsystem, das im Interesse der Allgemeinheit funktioniert.

Silke Ötsch / Paula Haufe / Daniel Mertens / Simon Schairer / Janina Urban / Maike Wilhelm: Das nachhaltige Finanzsystem? Sustainable Finance zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Attac-Basistext 64, 96 Seiten

Isabelle Bourboulon: Kommt der Finanzcrash 2.0? Zehn Jahre nach der Lehman-Pleite: Für ein Finanzsystem im Interesse der Vielen, Attac-Basistext 53, 80 Seiten

Christian Felber / Markus Henn / Stephan Lindner: Financial Crimes. Wie Banken funktionieren, spekulieren und welche Alternativen nötig sind, Attac-Basistext 38, 96 Seiten

Das Paket kann für 11 Euro online unter attac.de/shop oder telefonisch unter 069-900 281-10 bestellt werden. Natürlich gibt es auch alle Texte noch einzeln.

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert und nicht an Unberechtigte weitergegeben. Die Daten von Mitgliedern werden – bei Einwilligung – der jeweiligen Attac-Regionalgruppe für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht. Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter:

Tel.: 069-900 281-10

E-Mail: info@attac.de

Dort beantworten wir Ihnen auch gerne alle Fragen zum Thema Datenschutz.

Außerdem steht Ihnen als externer Ansprechpartner der von Attac bestellte Datenschutzbeauftragte zur Verfügung: datschutzbeauftragter@attac.de

Impressum

Attac Trägerverein e. V.

Münchener Str. 48

60329 Frankfurt am Main

Tel.: 069-900 281-10

Fax: 069-900 281-99

E-Mail: info@attac.de

Produktion: Attac Trägerverein e. V.

Redaktion:

Judith Amler, Jule Axmann,

Frauke Distelrath, Achim Heier,

Albrecht Stöffler, Lena Zoll

V.i.S.d.P.: Frauke Distelrath

Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit.
Tel. 069-900 281-10
E-Mail: info@attac.de
Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!



Der CO₂-neutrale Versand mit der Deutschen Post

Für eine Politik für alle!

Mit seinem Eintreten dafür, das Recht auf Teilzeit abzuschaffen, machte Merz deutlich: Um für die Gesellschaft nützlich zu sein, muss ein Mensch so viel Lebenszeit wie möglich mit lohnabhängiger Arbeit verbringen, um Gewinne zu erwirtschaften – für andere, wohlgeerntet. Möchte er oder sie das nicht – oder kann das nicht, weil Angehörige zu pflegen, Kinder zu erziehen, Ehrenämter zu bekleiden sind – ist dieser Mensch für Merz und Co offensichtlich faul. Diese Reduzierung eines Menschen auf seine Verwertbarkeit führt konsequenterweise zu einer inhumanen Politik für Reiche auf der einen und gegen Arme auf der anderen Seite. Wilde Pläne für tiefe Einschnitte in den Sozialstaat machen die Runde: Rentenleistungen sollen abgeschafft, das Bürgergeld gekürzt und

Eingliederungshilfen für Behinderte eingespart werden. Dabei liegt die Lösung, wie sich Lächer im Haushalt nachhaltig stopfen lassen, auf der Hand. Eine Anfang Februar veröffentlichte Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) belegt nicht nur, dass die Wiedereinführung der Vermögensteuer verhältnismäßig leicht machbar ist. Sie würde auch an die 147 Milliarden Euro pro Jahr aufbringen und die Vermögensungleichheit im Land spürbar reduzieren. Auch eine Reform der Erbschaftsteuer, wie sie Attac seit langem fordert, ist überfällig: Es gilt, kleinere Erbschaften zu entlasten und dafür die zahlreichen Ausnahmeregelungen abzuschaffen, die dazu führen, dass ausgerechnet große Erbschaften kaum besteuert werden. Wir werden uns auch in diesem Jahr konsequent



der Politik für Reiche und gegen Arme entgegenstellen und für unsere Alternativen stark machen! Dabei brauchen wir Unterstützung. Ganz leicht geht das unter attac.de/spenden oder mit dem hier angehängten Überweisungsträger. Herzlichen Dank!

Hinweis

Attac ist auf Spenden angewiesen. Satzungsgemäß verfolgen wir gemeinnützige Zwecke. Dennoch ist uns die Gemeinnützigkeit entzogen worden, mit der Begründung, unser Engagement sei zu politisch. Dagegen haben wir Verfassungsklage eingereicht. Derzeit können wir leider keine Zuwendungsbestätigungen ausstellen.

Mehr Infos dazu unter: attac.de/jetzt-erst-recht

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

ATTAC TRÄGERVEREIN E. V.

IBAN

DE 57 43 06 09 67 08 00 10 08 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

GENODEM1GLS

ATTAC TRÄGERVEREIN e.V.

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max 27 Stellen)

ggf. Stichwort

RBF 2601

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

DE

06

Datum

Unterschrift(en)

SPENDE